

Bundesgesetzblatt

Teil II

1955	Ausgegeben zu Bonn am 29. August 1955	Nr. 20
Tag	Inhalt:	Seite
25. 8. 55	Gesetz über den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich vom 4. Oktober 1954 über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen	833
25. 8. 55	Gesetz betreffend das Abkommen vom 21. Dezember 1954 über die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	837
16. 8. 55	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Beitritt Albanien)	856
15. 8. 55	Bekanntmachung über die Anwendung des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr im Verhältnis zu Luxemburg	856
12. 8. 55	Bekanntmachung über Enteignungen für Zwecke der Deutschen Bundesbahn	856

Gesetz über den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich vom 4. Oktober 1954 über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen.

Vom 25. August 1955.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 4. Oktober 1954 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen und dem gleichzeitig unterzeichneten Schlußprotokoll wird zugestimmt.

Artikel 2

(1) Der Vertrag nebst Schlußprotokoll wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 17 und das Schlußprotokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Lörrach, den 25. August 1955.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister für besondere Aufgaben
Strauß

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Österreich sind, von dem Wunsche geleitet, auf dem Gebiete der öffentlichen Abgaben den Rechtsschutz der beiderseitigen Staatsangehörigen und die gegenseitige Rechtshilfe zu regeln, übereingekommen, den nachstehenden Vertrag abzuschließen. Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:
den Ministerialdirektor
im Bundesministerium der Finanzen
W. Mersmann,

Der Bundespräsident der Republik Österreich:
den Sektionschef
Dr. J. Stangelberger
und den Ministerialrat
Dr. O. Watzke
des Bundesministeriums für Finanzen.

Die Bevollmächtigten haben nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

I. Anwendungsbereich des Vertrages

Artikel 1

Gegenstand dieses Vertrages sind die öffentlichen Abgaben, soweit sie in den Vertragsstaaten für den Bund, die Länder, die Gemeinden oder die Gemeindeverbände erhoben werden. Ausgeschlossen sind jedoch die in den Vertragsstaaten vom Bund verwalteten Verbrauchsteuern sowie die Zölle und Monopolabgaben.

II. Rechtsschutz in Abgabensachen

Artikel 2

(1) Die Angehörigen des einen Staates genießen im Gebiet des anderen Staates in Abgabensachen die gleiche Behandlung und den gleichen Rechtsschutz wie die eigenen Staatsangehörigen.

(2) Juristische Personen sowie Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und sonstige Zweckvermögen, die keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen, aber als solche einer Abgabspflicht unterliegen, genießen, sofern sie in dem Gebiete des einen Staates ihren Sitz haben und nach dessen Gesetzen errichtet sind, in dem Gebiete des anderen Staates die gleiche steuerliche Behandlung und den gleichen Rechtsschutz wie die entsprechenden eigenen Steuerpflichtigen dieses anderen Staates.

III. Rechtshilfe in Abgabensachen

A. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 3

Beide Staaten verpflichten sich, in allen Abgabensachen, im Ermittlungs-, Feststellungs- und Rechtsmittelverfahren, im Sicherungs- und Vollstreckungsverfahren sowie im Verwaltungsstrafverfahren einander auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen Rechtshilfe zu leisten.

Artikel 4

(1) Rechtshilfeersuchen werden von der ersuchenden Behörde an das örtlich zuständige Finanzamt des ersuchten Staates gerichtet. Ihre Übermittlung und Entgegennahme erfolgt vorbehaltlich des Absatzes 2 in der Bundesrepublik Deutschland durch die Oberfinanzdirektionen, in der Republik Österreich durch die Finanzlandesdirektionen.

(2) Die Finanzämter können Zustellungersuchen, Mitteilungen über den Vollzug von Rechtshilfeersuchen und über ihre Rücknahme oder Einschränkung unmittelbar an das ersuchte Finanzamt übersenden. Entsprechendes gilt in dringenden Fällen auch für andere Rechtshilfeersuchen der Finanzämter.

Artikel 5

(1) Das ersuchte Finanzamt ist vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 6 verpflichtet, dem Ersuchen zu entsprechen. Die Art und Weise der Erledigung richtet sich nach den Gesetzen des ersuchten Staates; für das Verfahren sind die Vorschriften anzuwenden, die für die von dem Finanzamt verwalteten Abgaben gelten. Auf Antrag der ersuchenden Behörde ist jedoch nach einer besonderen Form zu verfahren, sofern diese der Gesetzgebung des ersuchten Staates nicht zuwiderläuft.

(2) Die Anwendung eines im Gebiet des ersuchten Staates zulässigen Zwangsmittels ist ausgeschlossen, soweit der ersuchende Staat im Falle eines entsprechenden Ersuchens nicht in der Lage wäre, ein gleichartiges Zwangsmittel anzuwenden.

(3) Die ersuchende Behörde ist auf ihr Verlangen von der Zeit und dem Ort der auf das Ersuchen vorzunehmenden Handlung zu benachrichtigen. Die Beteiligten sind berechtigt, der Handlung nach den allgemeinen, in dem Gebiet des ersuchten Staates maßgebenden Vorschriften beizuwohnen oder sich dabei vertreten zu lassen.

Artikel 6

(1) Rechtshilfe wird nicht geleistet, wenn der ersuchte Staat Grund für die Annahme hat, daß die Leistung der Rechtshilfe geeignet sein würde, wesentliche Interessen des ersuchten Staates zu gefährden.

(2) Der ersuchte Staat kann die Rechtshilfe ablehnen,

1. wenn Auskünfte oder Gutachten von Personen, die nicht als Abgabenschlichter beteiligt sind, eingeholt werden sollen, soweit der ersuchende Staat nach seiner Gesetzgebung nicht in der Lage ist, entsprechende Auskünfte oder Gutachten zu verlangen;
2. soweit das Ersuchen auf Mitteilung tatsächlicher Verhältnisse oder rechtlicher Beziehungen gerichtet ist, und die Kenntnis dieser nur auf Grund von Auskunfts-, Anzeige- oder Gutachterpflichten gewonnen werden kann, die in dem Gebiete des ersuchenden Staates nicht bestehen.

Artikel 7

(1) Wird dem Ersuchen ganz oder teilweise entsprochen, so ist die ersuchende Behörde über die Art der Erledigung unverzüglich zu unterrichten.

(2) Soweit dem Ersuchen nicht entsprochen werden kann, ist die ersuchende Behörde hiervon unter Angabe der Gründe und der sonst bekanntgewordenen Umstände, die für die Weiterführung der Sache von Bedeutung sein könnten, unverzüglich zu benachrichtigen.

Artikel 8

Auf den Inhalt von Anfragen, Auskünften, Anzeigen und Gutachten sowie von sonstigen Mitteilungen, die im Wege der Rechtshilfe einem Vertragsstaat zugehen, finden die gesetzlichen Vorschriften dieses Staates über die Amtsverschwiegenheit und das Steuergeheimnis Anwendung.

Artikel 9

Gebühren und Auslagen, die bei der Erledigung von Rechtshilfeersuchen entstehen, werden unter den Vertragsstaaten nicht erstattet. Ausgenommen sind vorbehalt-

lich anderweitiger Übereinkunft der beteiligten Behörden die an Auskunftspersonen, Zeugen oder Sachverständige gezahlten Entschädigungen.

B. Besondere Bestimmungen

a) Rechtshilfe bei der Zustellung

Artikel 10

Zustellungen werden entweder durch ein mit Datum versehenes und beglaubigtes Empfangsbekanntnis des Empfängers oder durch ein Zeugnis des ersuchten Finanzamtes nachgewiesen, aus dem sich die Tatsache, die Form und die Zeit der Zustellung ergeben.

b) Rechtshilfe bei der Vollstreckung

Artikel 11

(1) Dem Ersuchen um Vollstreckung von Verfügungen, die unanfechtbar und vollstreckbar sind, ist eine Erklärung der zuständigen Behörde des ersuchenden Staates beizufügen, in der die Unanfechtbarkeit bestätigt wird. Vorbehaltlich des Artikels 13 ist die Zuständigkeit dieser Behörde durch die jeweils zuständige Oberfinanzdirektion oder Finanzlandesdirektion des ersuchenden Staates zu bescheinigen. Als Grundlage der Vollstreckung können an die Stelle der im ersten Satz bezeichneten Verfügungen auch Rückstandsausweise treten.

(2) Verfügungen (Rückstandsausweise), die den Bestimmungen des Absatzes 1 entsprechen, sind vorbehaltlich des Artikels 13 von den jeweils zuständigen Oberfinanzdirektionen oder Finanzlandesdirektionen des ersuchten Staates anzuerkennen und für vollstreckbar zu erklären. Artikel 6 bleibt unberührt.

(3) Die in Absatz 2 bezeichneten Verfügungen werden durch die Finanzämter oder Gerichte gemäß der Gesetzgebung des ersuchten Staates vollstreckt.

Artikel 12

Auf Grund von vollstreckbaren, jedoch noch nicht unanfechtbaren Verfügungen, einschließlich der Sicherstellungsanordnungen (Arrestanordnungen) kann nur um die Vornahme von Sicherungsmaßnahmen ersucht werden. Ihre Durchführung erfolgt in der Bundesrepublik Deutschland nach den Vorschriften über die Vollziehung des dinglichen Arrestes, in der Republik Österreich nach den Vorschriften über die Exekution zur Sicherstellung. Artikel 11 findet sinngemäß Anwendung.

Artikel 13

In dringenden Fällen (Artikel 4 Abs. 2) kann, wenn die ersuchende Behörde ein Finanzamt ist, die nach Artikel 11 erforderliche Bestätigung, Bescheinigung, Anerkennung und Erklärung vom Finanzamt erteilt werden. In diesen Fällen ist die Vollstreckung auf Sicherungsmaßnahmen (Artikel 12) zu beschränken.

c) Einschränkung der Rechtshilfe im Verwaltungsstrafverfahren

Artikel 14

Durchsuchungen, Beschlagnahmen, Verhaftungen und der Vollzug von Freiheitsstrafen sind von der Rechtshilfe ausgenommen.

IV. Schlußbestimmungen

Artikel 15

(1) Die Bundesfinanzministerien der beiden Vertragsstaaten können bei Behandlung von Fragen, die sich aus diesem Verträge ergeben, unmittelbar miteinander verkehren.

(2) Zur Beseitigung von Schwierigkeiten und Zweifeln, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages auftreten, sowie vor Erlass von Durchführungsbestimmungen in den Vertragsstaaten werden sich die Bundesfinanzministerien der beiden Vertragsstaaten gegenseitig ins Einvernehmen setzen.

Artikel 16

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Bundesregierung der Republik Österreich innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 17

Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und soll solange in Geltung bleiben, als er nicht von einem der Vertragsstaaten spätestens sechs Monate vor Ablauf eines Kalenderjahres gekündigt wird. Im Falle rechtzeitiger Kündigung verliert der Vertrag mit dem Ablauf dieses Kalenderjahres die Wirksamkeit.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Staaten diesen Vertrag unterfertigt und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN in doppelter Urschrift zu Bonn am 4. Oktober 1954.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
W. Mersmann

Für die
Republik Österreich
gezeichnet:
Dr. J. Stangelberger
Dr. O. Watzke

Schlußprotokoll

Bei der Unterzeichnung des am heutigen Tage zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich abgeschlossenen Vertrages über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgende übereinstimmende Erklärungen abgegeben, die einen integrierenden Teil des Vertrages bilden:

Zu Artikel 1

(1) Öffentliche Abgaben im Sinne dieses Vertrages sind Geldleistungen steuerlichen Charakters, auch wenn sie unter der Bezeichnung „Gebühr“ oder „Beitrag“ oder wenn sie für Sondervermögen des Bundes, der Länder, der Gemeinden oder Gemeindeverbände im Verwaltungswege erhoben werden. Die Bestimmungen des Vertrages finden auch auf die steuerlichen Nebenleistungen, insbesondere auf die im Verwaltungsstrafverfahren verhängten Geldstrafen, auf Säumniszuschläge und Kosten Anwendung.

(2) Die Umsatzsteuer, mit Ausnahme der Ausgleichsteuer, sowie die Kraftfahrzeugsteuer gelten nicht als Verbrauchsteuern im Sinne des Artikels 1.

(3) Für die vom Bund verwalteten Verbrauchsteuern, sowie für Zölle und Monopolabgaben wird eine besondere Vereinbarung über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Aussicht genommen.

Zu Artikel 2

Die gleiche Behandlung soll sich sowohl auf das formelle als auch auf das materielle Abgabenrecht beziehen.

Zu Artikel 3

(1) Die materielle Gegenseitigkeit wird derzeit für gegeben erachtet. Beide Staaten verpflichten sich, wesentliche Änderungen ihrer Abgabengesetzgebung, die für das Bestehen der materiellen Gegenseitigkeit bedeutsam sind, einander mitzuteilen. Jeder Staat ist berechtigt, die Gewährung der Rechtshilfe insoweit einzuschränken, als die materielle Gegenseitigkeit nicht mehr besteht.

(2) Die Abgabenbehörden der beiden Staaten werden sich nach Tunlichkeit über abgabenrechtlich bedeutsame Tatbestände auch ohne besonderes Ersuchen gegenseitig unterrichten.

Zu Artikel 4

Finanzgerichten stehen bei der Stellung von Rechtshilfeersuchen die gleichen Befugnisse zu wie den Finanzämtern.

Zu Artikel 5

Eine Übersendung von Akten kann grundsätzlich nicht gefordert werden. Ausnahmen bedürfen des Einvernehmens der beiderseitigen Bundesfinanzministerien. Ersuchen um Übermittlung von Akten sollen indessen nur gestellt werden, wenn dringende Interessen des ersuchenden Staates es erheischen. Unberührt bleibt die Befugnis jedes

Staates, seinen Ersuchen eigene Akten beizugeben, die der Durchführung der Ersuchen dienen sollen.

Zu Artikel 6

Zu den wesentlichen Interessen gehört insbesondere die Wahrung der Hoheitsrechte und der Sicherheit. Der ersuchte Staat kann die Rechtshilfe hiernach auch ablehnen, wenn die Anwendung seiner Rechtsvorschriften von einer Tatsache abhängt, die außerhalb seiner Rechtsordnung gelegen ist oder wenn sein Recht durch eine solche Tatsache betroffen ist.

Zu Artikel 11

Die Vollstreckung wird von denselben Organen und mit denselben Mitteln des Verfahrens durchgeführt, die für die von den Finanzämtern verwalteten Abgaben bestimmt sind. Der Antrag auf Bewilligung der gerichtlichen Exekution wird in der Republik Österreich von der Finanzprokuratur oder dem an ihrer Stelle zuständigen Finanzamt gestellt.

Zu Artikel 11 und 12

Sind die Voraussetzungen der Niederschlagung oder der Aussetzung der Einbringung wegen Uneinbringlichkeit der Abgaben nach den Vorschriften des ersuchten Staates gegeben, so leitet die ersuchte Behörde das Ersuchen mit einer Bescheinigung über das Vorliegen der Voraussetzungen und mit den hierfür vorhandenen Belegen an die ersuchende Behörde zurück.

Zu Artikel 14

Die Vereinbarung weitergehender Rechtshilfe in Abgabenstrafsachen wird in Aussicht genommen.

Zu Artikel 17

Rechtsschutz und Rechtshilfe sollen grundsätzlich auch für Abgabensprüche und im Hinblick auf Tatsachen gewährt werden, die sich auf die Vergangenheit beziehen. Es werden jedoch Ersuchen um Vollstreckung oder Sicherung von Ansprüchen, die die Zeit vor dem 1. Januar 1949 betreffen, nicht gestellt werden.

GESCHEHEN in doppelter Urschrift zu Bonn am 4. Oktober 1954.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
W. Mersmann

Für die
Republik Österreich
gezeichnet:
Dr. J. Stangelberger
Dr. O. Watzke

**Gesetz betreffend das Abkommen vom 21. Dezember 1954
über die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien
und Nordirland und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.**

Vom 25. August 1955.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in London am 21. Dezember 1954 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, einerseits, und den Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, andererseits, über die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, nebst Anlage, wird zugestimmt.

Artikel 2

(1) Das Abkommen nebst Anlage wird nachstehend veröffentlicht.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nebst Anlage gemäß seinem Artikel 13 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Lörrach, den 25. August 1955.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
Adenauer

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

**Abkommen über die Beziehungen
zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland
und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl**

**Agreement Concerning the Relations
between the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
and the European Coal and Steel Community**

**Accord concernant les relations
entre le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et la
Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier**

Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, einerseits, und

die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, andererseits,

IN ERWÄGUNG, daß zu der Zeit, als die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (nachstehend als „die Gemeinschaft“ bezeichnet) gebildet wurde, die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (nachstehend als „die Regierung des Vereinigten Königreichs“ bezeichnet) ihren Wunsch zum Ausdruck brachte, eine enge und dauernde Assoziierung mit der Gemeinschaft zustande zu bringen, und daß diese Erklärung von der Hohen Behörde der Gemeinschaft (nachstehend als „die Hohe Behörde“ bezeichnet) lebhaft begrüßt wurde;

IN ERWÄGUNG, daß die Regierung des Vereinigten Königreichs als ersten Schritt zur Erreichung dieses Zieles am 1. September 1952 eine Delegation am Sitz der Hohen Behörde in Luxemburg errichtete;

IN ERWÄGUNG, daß seither in der Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl innerhalb der Gemeinschaft wesentliche Fortschritte gemacht worden sind;

IN DEM WUNSCH, einen weiteren Schritt in der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Gemeinschaft zu tun;

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

(1) Zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs und der Hohen Behörde wird hiermit ein Ständiger Assoziationsrat (nachstehend als „Assoziationsrat“ bezeichnet) errichtet.

(2) Besondere Sitzungen des Ministerrats der Gemeinschaft (nachstehend als „Ministerrat“ bezeichnet) zusammen mit der Regierung des Vereinigten Königreichs sind gemäß den Bestimmungen des nachstehenden Artikels 10 vorgesehen.

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland of the one part and

the Governments of the States members of the European Coal and Steel Community and the High Authority of the European Coal and Steel Community of the other part:

CONSIDERING that at the time when the European Coal and Steel Community (hereinafter referred to as "the Community") was formed, the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (hereinafter referred to as "the United Kingdom Government") declared their desire to establish an intimate and enduring association with the Community, and that this Declaration was warmly welcomed by the High Authority of the Community (hereinafter referred to as "the High Authority");

CONSIDERING that the United Kingdom Government, as a first step towards this objective, established on September 1, 1952, a Delegation at the seat of the High Authority in Luxembourg;

CONSIDERING that substantial progress has since then been made in the creation of a common market in coal and steel within the area of the Community;

DESIRING to take a further step in the development of the relations between the United Kingdom and the Community;

HAVE AGREED as follows:—

Article 1

(1) There is hereby established a Standing Council of Association (hereinafter referred to as "the Council of Association") between the United Kingdom Government and the High Authority.

(2) There shall be provision for special meetings of the Council of Ministers of the Community (hereinafter referred to as "the Council of Ministers") with the United Kingdom Government as set out in Article 10 below:

Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, d'une part,

Les Gouvernements des Etats membres de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier, ainsi que la Haute Autorité de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier, d'autre part,

CONSIDÉRANT qu'à l'occasion de l'entrée en vigueur de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier (ci-après dénommée « la Communauté »), le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (ci-après dénommé « le Gouvernement du Royaume-Uni ») a exprimé son désir d'établir une association intime et durable avec la Communauté, et que cette déclaration a été chaleureusement accueillie par la Haute Autorité de la Communauté (ci-après dénommée « la Haute Autorité »);

CONSIDÉRANT que le Gouvernement du Royaume-Uni, accomplissant une première étape vers cet objectif, a établi le 1^{er} septembre 1952 une déléation au siège de la Haute Autorité à Luxembourg;

CONSIDÉRANT que depuis lors des progrès importants ont été faits dans la création d'un marché commun pour le charbon et l'acier à l'intérieur de la Communauté;

DÉSIRANT franchir une nouvelle étape dans le développement des relations entre le Royaume-Uni et la Communauté.

SONT CONVENUS de ce qui suit:

Article premier

(1) Il est institué un Conseil Permanent d'Association (ci-après dénommé « le Conseil d'Association ») entre le Gouvernement du Royaume-Uni et la Haute Autorité.

(2) Il est prévu des réunions spéciales du Conseil de Ministres de la Communauté (ci-après dénommé « le Conseil de Ministres ») avec le Gouvernement du Royaume-Uni, dans les conditions fixées à l'article 10 ci-dessous.

**Accordo concernente le relazioni
tra il Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord
e la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio**

**Overeenkomst nopens de betrekkingen
tussen het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland
en de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal**

Il Governo del Regno Unito di Gran
Bretagna e Irlanda del Nord,
da una parte,

De Regering van het Verenigd
Koninkrijk van Groot-Brittannië en
Noord-Ierland enerzijds en

e i Governi degli Stati membri della
Comunità Europea del Carbone e
dell'Acciaio e l'Alta Autorità della
Comunità Europea del Carbone e
dell'Acciaio,

De Regeringen van de deelnemende
Staten van de Europese Gemeenschap
voor Kolen en Staal en de Hoge
Autoriteit van de Europese Gemeen-
schap voor Kolen en Staal

dall'altra parte:

anderzijds:

CONSIDERANDO che, allorchè la
Comunità Europea del Carbone e
dell'Acciaio (in seguito denominata
"la Comunità") fu istituita, il Governo
del Regno Unito di Gran Bretagna e
Irlanda del Nord (in seguito denomi-
nato "il Governo del Regno Unito")
esprime il desiderio di stabilire un'as-
sociazione intima e durevole con la
Comunità, e che tale dichiarazione fu
calorosamente accolta dall'Alta Auto-
rità della Comunità Europea del Car-
bone e dell'Acciaio (in seguito deno-
minata "Alta Autorità");

OVERWEGENDE dat ten tijde van
de oprichting van de Europese Gemeen-
schap voor Kolen en Staal (hierna
aangeduid als „de Gemeenschap“) de
Regering van het Verenigd Konink-
rijk van Groot-Brittannië en Noord-
Ierland (hierna aangeduid als „de Re-
gering van het Verenigd Koninkrijk“) de
wens te kennen heeft gegeven een
nauwe en duurzame associatie met de
Gemeenschap tot stand te brengen en
dat deze verklaring door de Hoge
Autoriteit van de Gemeenschap (hierna
aangeduid als „de Hoge Autoriteit“) met
grote instemming werd ontvangen;

CONSIDERANDO che il Governo
del Regno Unito, come primo passo
verso tale obiettivo, in data 1^o settem-
bre 1952 istituì una Delegazione presso
la sede dell'Alta Autorità in Lussem-
burgo;

OVERWEGENDE dat de Regering
van het Verenigd Koninkrijk als een
eerste schrede ter bereiking van dit
doel op 1 September 1952 een Dele-
gatie ter plaatse van de zetel van de
Hoge Autoriteit te Luxemburg heeft
gevestigd;

CONSIDERANDO che da allora pro-
gressi sostanziali sono stati realizzati
nella creazione di un mercato comune
del carbone e dell'acciaio all'interno
della Comunità;

OVERWEGENDE dat sedertdien
aanzienlijke vorderingen zijn gemaakt
met de vorming van een gemeen-
schappelijke markt voor kolen en
staal in de Gemeenschap;

DESIDERANDO compiere un passo
ulteriore nello sviluppo delle relazioni
tra il Regno Unito e la Comunità;

GEDREVEN DOOR DE WENS een
stap voorwaarts te ondernemen in de
ontwikkeling van de betrekkingen
tussen het Verenigd Koninkrijk en de
Gemeenschap;

HANNO CONVENUTO quanto se-
gue:

ZIJN ALS VOLGT OVEREENGE-
KOMEN:

Articolo 1

Artikel 1

(1) È istituito un Consiglio Perma-
nente di Associazione (in seguito deno-
minato "il Consiglio di Associazione")
tra il Governo del Regno Unito e l'Alta
Autorità.

(1) Hierbij wordt een Permanente
Raad van Associatie (hierna aange-
duid als „de Raad van Associatie“)
tussen de Regering van het Verenigd
Koninkrijk en de Hoge Autoriteit
ingesteld.

(2) Sono previste riunioni speciali
del Consiglio di Ministri della Comuni-
tà (in seguito denominato "il Con-
siglio di Ministri") con il Governo del
Regno Unito, nelle condizioni stabilite
all'articolo 10 del presente Accordo.

(2) Bijzondere zittingen van de Raad
van Ministers der Gemeenschap (hier-
na aangeduid als „De Raad van Mi-
nisters“) met de Regering van het
Verenigd Koninkrijk kunnen overeen-
komstig het bepaalde in artikel 10
van deze Overeenkomst plaatsvinden.

Artikel 2

(1) Der Assoziationsrat besteht aus höchstens vier Vertretern der Hohen Behörde und aus höchstens vier Vertretern der Regierung des Vereinigten Königreichs.

(2) Ein Vertreter der Regierung eines Mitgliedstaates der Gemeinschaft kann allen Sitzungen des Assoziationsrates beiwohnen und an ihnen teilnehmen, in denen von diesem Staat in Aussicht genommene oder ihn besonders berührende Beschränkungen gemäß den Bestimmungen des Artikels 7 erwogen werden.

(3) Ein Vertreter der Regierung jedes Mitgliedstaates der Gemeinschaft kann als Beobachter allen Sitzungen des Assoziationsrates beiwohnen, in denen Vorschläge gemäß den Bestimmungen des Artikels 8 erwogen werden.

Artikel 3

Der Assoziationsrat hat zwei gemeinsame Sekretäre; der eine wird von der Hohen Behörde, der andere von der Regierung des Vereinigten Königreichs ernannt.

Artikel 4

(1) Der Assoziationsrat gibt sich eine Geschäftsordnung und kann die erforderlichen Ausschüsse einsetzen.

(2) Der Ministerrat ist von der Hohen Behörde laufend über die Arbeiten des Assoziationsrates und seiner Ausschüsse zu unterrichten. Die Hohe Behörde kann dem Ministerrat insbesondere die Tagesordnung und die genehmigten Protokolle des Assoziationsrates und aller seiner Ausschüsse mitteilen.

(3) Die Beratungen und Schriftstücke des Assoziationsrates werden nicht veröffentlicht, es sei denn, daß der Assoziationsrat etwas anderes beschließt.

Artikel 5

Falls der Assoziationsrat nicht etwas anderes beschließt, tritt er abwechselnd am Sitz der Hohen Behörde und in London zusammen.

Artikel 6

(1) Der Assoziationsrat ist ein Mittel für den ständigen Austausch von Informationen und für Konsultationen über Kohle und Stahl betreffende Fragen von gemeinsamem Interesse und, soweit tunlich, über die Koordinierung von Maßnahmen, die sich auf diese Angelegenheiten beziehen.

Article 2

(1) The Council of Association shall consist of not more than four persons representing the High Authority and not more than four persons representing the United Kingdom Government.

(2) A representative of the Government of a State member of the Community may attend and participate in any meeting of the Council of Association, at which restrictions contemplated by, or particularly affecting, that State are being considered in accordance with the provisions of Article 7.

(3) A representative of the Government of any State member of the Community may attend as an observer any meeting of the Council of Association at which proposals are being considered in accordance with the provisions of Article 8.

Article 3

There shall be two Joint Secretaries of the Council of Association, one being appointed by the High Authority and one by the United Kingdom Government.

Article 4

(1) The Council of Association shall determine the procedure for the conduct of its business and may appoint any necessary Committees

(2) The Council of Ministers shall be kept regularly informed by the High Authority of the work of the Council of Association and of its Committees. The High Authority may, in particular, communicate to the Council of Ministers the Agenda and agreed records of the Council of Association and of any of its Committees.

(3) The proceedings and papers of the Council of Association shall not be made public except in so far as the Council of Association may agree otherwise.

Article 5

Unless the Council of Association agrees otherwise, it shall meet alternately at the seat of the High Authority and in London.

Article 6

(1) The Council of Association shall provide a means for the continuous exchange of information and for consultation in regard to matters of common interest concerning coal and steel and, where appropriate, in regard to the co-ordination of action on these matters.

Article 2

(1) Le Conseil d'Association comprend au plus quatre personnes représentant la Haute Autorité, et au plus quatre personnes représentant le Gouvernement du Royaume-Uni.

(2) Un représentant du Gouvernement d'un État membre de la Communauté peut assister et participer à toute réunion du Conseil d'Association dans laquelle sont examinées, par application des dispositions de l'article 7, des restrictions envisagées par cet État ou l'affectant particulièrement.

(3) Un représentant du Gouvernement de chaque État membre de la Communauté peut assister comme observateur à toute réunion du Conseil d'Association dans laquelle des propositions sont élaborées par application des dispositions de l'article 8.

Article 3

Le secrétariat du Conseil d'Association est assuré conjointement par une personne désignée par la Haute Autorité et par une personne désignée par le Gouvernement du Royaume-Uni.

Article 4

(1) Le Conseil d'Association arrête son règlement intérieur et peut instituer tous Comités qu'il juge nécessaires

(2) Le Conseil de Ministres est tenu régulièrement informé par la Haute Autorité des travaux du Conseil d'Association et de ses Comités. La Haute Autorité peut notamment communiquer au Conseil de Ministres l'ordre du jour et les procès-verbaux définitifs du Conseil d'Association et de tout Comité institué par lui.

(3) Les débats et documents du Conseil d'Association ne sont pas rendus publics, sauf dans la mesure où le Conseil d'Association en décide autrement.

Article 5

A moins que le Conseil d'Association en décide autrement, il se réunit alternativement au siège de la Haute Autorité et à Londres.

Article 6

(1) Le Conseil d'Association constitue un instrument d'échange permanent d'informations, et de consultations, sur les questions d'intérêt commun concernant le charbon et l'acier, et, s'il y a lieu, sur la coordination de l'action relative à ces questions.

Articolo 2

(1) Il Consiglio di Associazione sarà composto di non più di quattro persone rappresentanti l'Alta Autorità e di non più di quattro persone rappresentanti il Governo del Regno Unito.

(2) Un rappresentante del Governo di uno Stato membro della Comunità può assistere e partecipare ad ogni riunione del Consiglio di Associazione, nella quale, in applicazione delle disposizioni dell'articolo 7, vengano esaminate delle restrizioni previste da tale Stato membro o che lo interessino particolarmente.

(3) Un rappresentante del Governo di ogni Stato membro della Comunità può assistere in qualità di osservatore ad ogni riunione del Consiglio di Associazione nella quale vengano elaborate delle proposte in applicazione delle disposizioni dell'articolo 8.

Articolo 3

Il segretariato del Consiglio di Associazione è assicurato congiuntamente da due Segretari, uno designato dall'Alta Autorità e l'altro dal Governo del Regno Unito.

Articolo 4

(1) Il Consiglio di Associazione stabilisce la procedura per la condotta dei propri lavori e può istituire qualsiasi Comitato esso giudichi necessario.

(2) Il Consiglio di Ministri è tenuto regolarmente informato dall'Alta Autorità dei lavori del Consiglio di Associazione e dei suoi Comitati. L'Alta Autorità può, in particolare, comunicare al Consiglio di Ministri l'ordine del giorno e i processi verbali debitamente approvati del Consiglio di Associazione e di ciascuno dei suoi Comitati.

(3) I dibattiti e i documenti del Consiglio di Associazione non sono resi pubblici, salvo che il Consiglio di Associazione non disponga altrimenti.

Articolo 5

A meno che il Consiglio di Associazione non disponga altrimenti, esso si riunisce alternativamente presso la sede dell'Alta Autorità e a Londra.

Articolo 6

(1) Il Consiglio di Associazione costituisce uno strumento per uno scambio costante di informazioni e per consultazioni circa questioni di comune interesse concernenti il carbone e l'acciaio e, se opportuno, circa il coordinamento dell'azione relativa a tali questioni.

Artikel 2

(1) De Raad van Associatie zal bestaan uit ten hoogste vier vertegenwoordigers van de Hoge Autoriteit en ten hoogste vier vertegenwoordigers van de Regering van het Verenigd Koninkrijk.

(2) Een vertegenwoordiger van de Regering van een deelnemende Staat der Gemeenschap kan elke bijeenkomst van de Raad van Associatie bijwonen en daaraan deelnemen, waar beperkende maatregelen, door die Staat overwogen of in het bijzonder die Staat betreffende overeenkomstig het bepaalde in Artikel 7 in beschouwing genomen worden.

(3) Een vertegenwoordiger van de Regering van elke deelnemende Staat der Gemeenschap mag als waarnemer elke bijeenkomst van de Raad van Associatie bijwonen, waar voorstellen overeenkomstig het bepaalde in Artikel 8 in overweging genomen worden.

Artikel 3

Het Secretariaat van de Raad van Associatie zal door twee Secretarissen gezamenlijk worden uitgeoefend. Een dezer Secretarissen zal door de Hoge Autoriteit en de ander door de Regering van het Verenigd Koninkrijk worden benoemd.

Artikel 4

(1) De Raad van Associatie stelt zijn reglement van orde vast. Hij kan alle noodzakelijk geachte Commissies instellen.

(2) De Raad van Ministers zal regelmatig door de Hoge Autoriteit van de door de Raad van Associatie en zijn commissies verrichte werkzaamheden op de hoogte worden gehouden. De Hoge Autoriteit kan in het bijzonder aan de Raad van Ministers mededeling doen van de agenda en de goedgekeurde notulen van de Raad van Associatie en van elk zijner commissies.

(3) De handelingen en documenten van de Raad van Associatie worden niet openbaar gemaakt tenzij door de Raad van Associatie anders wordt bepaald.

Artikel 5

Tenzij de Raad van Associatie anders bepaalt zal hij afwisselend ter plaatse van de zetel van de Hoge Autoriteit en te Londen bijeenkomen.

Artikel 6

(1) De Raad van Associatie zal een middel vormen tot voortdurende uitwisseling van inlichtingen en tot raadpleging over aangelegenheden van gemeenschappelijk belang betreffende kolen en staal en waar dienstig, met betrekking tot coördinatie van actie terzake.

(2) Im Sinne dieses Artikels gehören zu den Kohle und Stahl betreffenden Fragen von gemeinsamem Interesse insbesondere:

- (a) Bedingungen des Warenverkehrs von Kohle und Stahl zwischen der Gemeinschaft und dem Vereinigten Königreich;
- (b) Versorgung mit Kohle und Stahl;
- (c) Versorgung der Kohle- und Stahlindustrie mit Rohstoffen;
- (d) Preisregelungen und Faktoren, welche die Preisstruktur beeinflussen, einschließlich der Subventionen, jedoch ausschließlich der Fragen, die gewöhnlich Gegenstand von Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern sind;
- (e) Markt- und Preistendenzen;
- (f) Allgemeine Ziele in bezug auf die Ausweitung und Grundzüge der Investitionspolitik;
- (g) Tendenzen der Produktion, des Verbrauchs, der Ausfuhr und der Einfuhr;
- (h) Auswirkungen der Entwicklung anderer Energiequellen und Ersatzstoffe auf den Bedarf an Kohle und Stahl;
- (i) Technische Entwicklung und Forschung;
- (j) Regelungen zur Förderung der Sicherheit, der Gesundheit und des Wohlergehens der in der Kohle- und Stahlindustrie Beschäftigten.

(3) Angelegenheiten, auf die der Vertrag über die Gründung der Gemeinschaft keine Anwendung findet, gehören nicht zu den Kohle und Stahl betreffenden Fragen von gemeinsamem Interesse im Sinne dieses Artikels.

Artikel 7

Sollten die Hohe Behörde, eine der Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft oder die Regierung des Vereinigten Königreichs zu irgendeinem Zeitpunkt die Einführung von zusätzlichen Beschränkungen für den Warenverkehr von Kohle oder Stahl zwischen der Gemeinschaft oder einem Teil der Gemeinschaft und dem Vereinigten Königreich in Erwägung ziehen, um Schwierigkeiten infolge eines Rückgangs der Nachfrage nach Kohle oder Stahl oder infolge einer bestehenden oder erwarteten Verknappung in der Versorgung mit Kohle oder Stahl zu begegnen, so haben sie vor Einführung derartiger Beschränkungen, oder falls eine vorherige Konsultation nicht möglich ist, unmittelbar danach die Angelegenheit vor den Assoziationsrat zu bringen, damit koordinierte Maßnahmen auf den Märkten der Gemeinschaft und des Vereinigten Königreichs erwogen werden können, um der Lage gerecht zu werden und sich hierbei gegenseitig zu unterstützen.

(2) For the purposes of this Article, matters of common interest concerning coal and steel shall include the following: —

- (a) Conditions of trade in coal and steel between the Community and the United Kingdom;
- (b) Supplies of coal and steel;
- (c) Supplies of raw materials for the coal and steel industries;
- (d) Pricing arrangements and factors affecting the structure of prices, including subsidies, but not including those questions which are normally the subject of negotiation between employers and employees;
- (e) Market and price trends;
- (f) General objectives of development and main lines of investment policy;
- (g) Trends of production, consumption, exports and imports;
- (h) Effects of the development of other sources of energy and substitute materials on requirements of coal and steel;
- (i) Technical developments and research;
- (j) Arrangements for the promotion of the safety, health and welfare of persons employed in the coal and steel industries.

(3) For the purposes of this Article, matters of common interest concerning coal and steel shall not include any matter to which the application of the Treaty constituting the Community does not extend.

Article 7

The High Authority or any of the Governments of the States members of the Community or the United Kingdom Government shall, if any of them should at any time contemplate introducing additional restrictions upon trade in coal or steel between the Community, or any part of it, and the United Kingdom to meet difficulties arising from a decline in the demand for coal or steel or from a shortage of supplies of coal or steel, actual or anticipated, bring the matter before the Council of Association before instituting such restrictions or, in circumstances in which prior consultation is impracticable, immediately after doing so, with a view to considering co-ordinated action in the markets of the Community and of the United Kingdom to meet the situation and to provide mutual assistance in dealing with it.

(2) Pour l'application du présent article, les questions d'intérêt commun concernant le charbon et l'acier comprennent notamment:

- (a) Les conditions des échanges de charbon et d'acier entre la Communauté et le Royaume-Uni;
- (b) les approvisionnements en charbon et en acier;
- (c) l'approvisionnement en matières premières des industries du charbon et de l'acier;
- (d) les régimes des prix et les facteurs affectant la formation des prix, y compris les subventions, mais à l'exclusion des questions qui font normalement l'objet de négociations entre employeurs et travailleurs;
- (e) les tendances des marchés et des prix;
- (f) les objectifs généraux de développement et les grandes lignes de la politique d'investissement;
- (g) les tendances de la production, de la consommation, de l'exportation et de l'importation;
- (h) les incidences, sur les besoins de charbon et d'acier, du développement d'autres sources d'énergie ou de matériaux concurrents;
- (i) les progrès et la recherche dans le domaine technique;
- (j) les mesures en faveur de la sécurité, de la santé et du bien-être des personnes employées dans les industries du charbon et de l'acier.

(3) Pour l'application du présent article, les questions d'intérêt commun concernant le charbon et l'acier n'incluent aucune question échappant au champ d'application du Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier.

Article 7

Dans tous les cas où la Haute Autorité, ou le Gouvernement de l'un des Etats membres de la Communauté, ou le Gouvernement du Royaume-Uni envisage d'introduire, dans les échanges de charbon ou d'acier intervenant entre la Communauté ou une partie de celle-ci et le Royaume-Uni, des restrictions supplémentaires pour faire face à des difficultés dues à l'existence ou à la perspective, pour le charbon ou pour l'acier, d'un fléchissement de la demande ou d'une insuffisance dans les approvisionnements, la partie en cause doit, avant d'instituer ces restrictions, ou immédiatement après lorsque les circonstances excluent la consultation préalable, saisir le Conseil d'Association afin qu'il étudie une action coordonnée sur les marchés de la Communauté et du Royaume-Uni, en vue de faire face à la situation et de mettre en œuvre une aide mutuelle dans les moyens appliqués.

(2) Ai fini dell'applicazione del presente articolo, le questioni di comune interesse concernenti il carbone e l'acciaio comprendono fra l'altro:

- (a) Le condizioni degli scambi di carbone e di acciaio tra la Comunità e il Regno Unito;
- (b) Gli approvvigionamenti di carbone e di acciaio;
- (c) Gli approvvigionamenti di materie prime per le industrie del carbone e dell'acciaio;
- (d) I regimi dei prezzi e i fattori che influenzano la formazione dei prezzi, ivi comprese le sovvenzioni, ma escluse le questioni normalmente oggetto di trattative tra datori di lavoro e lavoratori;
- (e) Le tendenze del mercato e dei prezzi;
- (f) Gli obiettivi generali di sviluppo e le linee principali della politica d'investimenti;
- (g) Le tendenze della produzione, del consumo, dell'esportazione e dell'importazione;
- (h) Gli effetti dello sviluppo di altre fonti di energia e di prodotti di sostituzione sulla domanda di carbone e di acciaio;
- (i) L'evoluzione e la ricerca tecnica;
- (j) Le misure tendenti a promuovere la sicurezza, la salute e il benessere delle persone impiegate nelle industrie del carbone e dell'acciaio.

(3) Ai fini dell'applicazione del presente articolo, tra le questioni di interesse comune concernenti il carbone e l'acciaio non sono comprese le questioni che non rientrano nel campo d'applicazione del Trattato istitutivo della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio.

Articolo 7

Qualora, per fronteggiare difficoltà, dovute a una flessione della domanda o ad una penuria negli approvvigionamenti di carbone o di acciaio, esistenti o previste, l'Alta Autorità o uno dei Governi degli Stati membri della Comunità, ovvero il Governo del Regno Unito dovessero in qualsiasi momento progettare l'introduzione di restrizioni supplementari agli scambi di carbone o di acciaio tra la Comunità o parte di essa, da un lato, e il Regno Unito, dall'altro, essi sono tenuti a sottoporre la questione al Consiglio di Associazione prima di introdurre tali restrizioni ovvero, se la situazione rende impossibile una consultazione preventiva, immediatamente dopo l'introduzione di tali restrizioni, affinché questo studi un'azione coordinata sui mercati della Comunità e del Regno Unito per fronteggiare la situazione ed attuare una mutua assistenza nell'azione relativa.

(2) Voor de toepassing van dit Artikel worden tot aangelegenheden van gemeenschappelijk belang inzake kolen en staal gerekend:

- (a) Het handelsverkeer in kolen en staal tussen de Gemeenschap en het Verenigd Koninkrijk;
- (b) Voorziening met kolen en staal;
- (c) Voorziening met grondstoffen ten behoeve van de kolenmijn- en staalnijverheid;
- (d) Prijsregelingen en factoren, welke op de prijsvorming van invloed zijn, met inbegrip van subsidies, doch met uitzondering van die vraagstukken waarover gewoonlijk tussen werkgevers en werknemers wordt onderhandeld;
- (e) Markt- en prijsontwikkeling;
- (f) Algemene doelstellingen van ontwikkeling en hoofdlijnen van investeringsbeleid;
- (g) De ontwikkeling van productie, verbruik en in- en uitvoer;
- (h) Invloed van de ontwikkeling van andere energiebronnen en vervangingsmiddelen op de vraag naar kolen en staal;
- (i) Vorderingen op technisch gebied en onderzoekingswerkzaamheden;
- (j) Regelingen ter bevordering van de veiligheid, de gezondheid en het welzijn van personen, werkzaam in de kolenmijn- en staalnijverheid.

(3) Aangelegenheden, welke buiten het Verdrag tot Oprichting van de Gemeenschap vallen, worden voor de toepassing van dit artikel niet als aangelegenheden van gemeenschappelijk belang inzake kolen en staal beschouwd.

Artikel 7

Indien de Hoge Autoriteit, de Regering van een der deelnemende Staten der Gemeenschap of de Regering van het Verenigd Koninkrijk te eniger tijd overweegt verdere beperkingen in te voeren van het handelsverkeer in kolen en staal tussen de Gemeenschap of enig deel daarvan en het Verenigd Koninkrijk ten einde het hoofd te bieden aan moeilijkheden voortvloeiende uit een afnemen van de vraag naar kolen of staal dan wel uit een bestaand of verwacht tekort in de kolen- en staalvoorziening, zal hij alvorens dergelijke beperkingen in te voeren deze aangelegenheid bij de Raad van Associatie aanhangig maken, of, indien de omstandigheden een voorafgaande raadpleging verhinderen, dit doen onmiddellijk na zodanige maatregelen te hebben getroffen, een en ander ten einde een gecoördineerd optreden op de markt van de Gemeenschap en van het Verenigd Koninkrijk te overwegen met het doel aan een dergelijke toestand het hoofd te bieden en elkander terzake wederzijdse bijstand te verlenen.

Artikel 8

Auf Antrag der Hohen Behörde oder der Regierung des Vereinigten Königreichs prüft der Assoziationsrat Beschränkungen oder andere Faktoren, welche den normalen Ablauf des Warenverkehrs von Kohle und Stahl zwischen dem Vereinigten Königreich und der Gemeinschaft beeinträchtigen, wie z. B. mengenmäßige Beschränkungen der Einfuhr und Ausfuhr, Zölle und andere Abgaben auf die Einfuhr und Ausfuhr, Devisenbeschränkungen, Dumping- und Antidumpingmaßnahmen sowie Exportbeihilfen, damit Vorschläge zur Abschwächung oder Beseitigung dieser Faktoren in gemeinsamem Einverständnis zum beiderseitigen Nutzen der Gemeinschaft und des Vereinigten Königreichs gemacht werden können. Die erste dieser Untersuchungen wird so rechtzeitig vorgenommen werden, daß es den Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft bei Überprüfung ihrer Zollpolitik innerhalb der Übergangszeit, die im Vertrag über die Gründung der Gemeinschaft vorgesehen ist, ermöglicht wird, alle Vorschläge zu berücksichtigen, die der Assoziationsrat gemäß diesem Artikel macht.

Artikel 9

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben berücksichtigt der Assoziationsrat unter anderem:

- (a) die Interessen sowohl der Verbraucher als auch der Erzeuger von Kohle und Stahl in der Gemeinschaft und dem Vereinigten Königreich;
- (b) die Interessen dritter Länder;
- (c) die besonderen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und anderen Mitgliedern des Commonwealth.

Artikel 10

(1) Fragen, die nach dem Vertrag über die Gründung der Gemeinschaft von dem Ministerrat oder den Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zu behandeln sind und die Gemeinschaft und das Vereinigte Königreich gemeinsam interessieren, sind Gegenstand besonderer Sitzungen, zu denen die Regierung des Vereinigten Königreichs, vertreten durch eines ihrer Mitglieder zusammen mit Personen, die im Vereinigten Königreich ein öffentliches Amt auf dem Gebiet von Kohle und Stahl bekleiden, mit dem Ministerrat zusammenkommt. Die Hohe Behörde ist an diesen Sitzungen voll beteiligt.

(2) Diese besonderen Sitzungen werden auf Antrag der Regierung eines Mitgliedstaates der Gemeinschaft oder der Hohen Behörde anberaumt; der Antrag ist der Regierung des Vereinigten Königreichs von dem Präsidenten

Article 8

The Council of Association shall, at the request of either the High Authority or the United Kingdom Government, examine restrictions or other factors affecting the normal flow of trade in coal and steel between the United Kingdom and the Community, such as quantitative restrictions on imports and exports, tariffs and other charges on imports and exports, exchange control restrictions, dumping and anti-dumping measures, and export subsidies, with a view to making such proposals for their reduction or elimination as may be agreed for the mutual benefit of the Community and the United Kingdom. The first such examination shall be undertaken in time to enable the Governments of the States members of the Community, when reviewing their tariff policy within the transitional period provided for in the Treaty constituting the Community, to take into account any proposals which may be made by the Council of Association under this article.

Article 9

In fulfilling their functions, the Council of Association shall, among other considerations, have regard to:—

- (a) the interests of consumers, as well as of producers, of coal and steel in the Community and the United Kingdom;
- (b) the interest of third countries;
- (c) the special relationship between the United Kingdom and other members of the Commonwealth of Nations.

Article 10

(1) Matters which, under the terms of the Treaty constituting the Community, fall to be considered by the Council of Ministers or the Governments of the States members of the Community and which are also of common interest to the Community and the United Kingdom shall be the subject of special meetings in which the United Kingdom Government, represented by one of its members together with persons discharging public responsibilities in regard to coal and steel in the United Kingdom, shall meet with the Council of Ministers. The High Authority shall participate fully in these meetings.

(2) The aforesaid special meetings shall be convened at the request of the Government of any State member of the Community or of the High Authority, such request to be notified to the United Kingdom Government through

Article 8

A la demande de la Haute Autorité ou du Gouvernement du Royaume-Uni le Conseil d'Association examine les restrictions ou autres facteurs affectant le courant normal des échanges de charbon et d'acier entre le Royaume-Uni et la Communauté, tels que restrictions quantitatives à l'importation et à l'exportation, tarifs douaniers et autres charges grevant les importations et les exportations, restrictions imposées par le contrôle des changes, mesures de dumping et mesures d'anti-dumping, subventions à l'exportation, en vue de formuler les propositions tendant à leur réduction ou à leur suppression qui peuvent être établies d'un commun accord dans l'intérêt mutuel de la Communauté et du Royaume-Uni. Le premier examen doit être entrepris en temps utile pour mettre les Gouvernements des Etats membres de la Communauté, lors d'une révision de leur politique tarifaire au cours de la période transitoire prévue par le Traité instituant la Communauté, en mesure de tenir compte de toute proposition faite par le Conseil d'Association par application du présent article.

Article 9

Dans l'accomplissement de ses missions, le Conseil d'Association tient compte, entre autres considérations:

- (a) des intérêts des consommateurs ainsi que des producteurs de charbon et d'acier dans la Communauté et le Royaume-Uni;
- (b) de l'intérêt des pays tiers;
- (c) des liens particuliers unissant le Royaume-Uni aux autres membres du Commonwealth.

Article 10

(1) Les questions pour lesquelles le Conseil de Ministres ou les Gouvernements des Etats membres participent à l'application du Traité instituant la Communauté et qui sont aussi d'intérêt commun pour la Communauté et le Royaume-Uni, font l'objet de réunions spéciales dans lesquelles le Gouvernement du Royaume-Uni, représenté par un de ses membres conjointement avec des personnes exerçant des fonctions publiques dans le domaine du charbon et de l'acier dans le Royaume-Uni, siège avec le Conseil de Ministres. La Haute Autorité participe pleinement à ces réunions.

(2) Ces réunions spéciales sont convoquées sur demande du Gouvernement d'un Etat membre de la Communauté ou de la Haute Autorité, notifiée au Gouvernement du Royaume-Uni par le Président du Conseil de

Articolo 8

A richiesta del Governo del Regno Unito o dell'Alta Autorità, il Consiglio di Associazione esamina le restrizioni o gli altri fattori che influenzano la normale corrente degli scambi di carbone e di acciaio tra il Regno Unito e la Comunità, quali le restrizioni quantitative all'importazione e all'esportazione, i dazi doganali e altri oneri gravanti sulle importazioni ed esportazioni, le restrizioni derivanti dal controllo dei cambi, le misure di dumping e antidumping e le sovvenzioni all'esportazione, allo scopo di formulare quelle proposte per la loro riduzione o soppressione, che possano essere concordate per il reciproco vantaggio della Comunità e del Regno Unito. Il primo esame è intrapreso in tempo utile per consentire ai Governi degli Stati membri della Comunità, in caso di revisione della loro politica tariffaria durante il periodo transitorio previsto dal Trattato istitutivo della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, di tener conto di qualsiasi proposta eventualmente formulata dal Consiglio di Associazione a termini del presente articolo.

Articolo 9

Nell'espletamento delle sue funzioni, il Consiglio di Associazione tiene conto, tra altre, delle seguenti considerazioni:

- (a) degli interessi sia dei consumatori che dei produttori di carbone e di acciaio, nella Comunità e nel Regno Unito;
- (b) dell'interesse dei paesi terzi;
- (c) dei vincoli particolari tra il Regno Unito e gli altri membri del Commonwealth.

Articolo 10

(1) Le questioni che a termini del Trattato istitutivo della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio vengono trattate dal Consiglio di Ministri o dai Governi degli Stati membri della Comunità e che sono anche di comune interesse per la Comunità e per il Regno Unito, formano oggetto di riunioni speciali nelle quali il Governo del Regno Unito, rappresentato da uno dei propri membri insieme a persone esercitanti nel Regno Unito pubbliche funzioni in materia di carbone e di acciaio, siede con il Consiglio di Ministri. L'Alta Autorità partecipa interamente a queste riunioni.

(2) Le suddette riunioni speciali sono convocate sia a richiesta del Governo di uno Stato membro della Comunità o dell'Alta Autorità, da notificarsi al Governo del Regno Unito per il tramite del Presidente del Consiglio di

Artikel 8

De Raad van Associatie zal, op verzoek van de Hoge Autoriteit of van de Regering van het Verenigd Koninkrijk, een onderzoek instellen naar beperkingen of andere factoren, welke het normale handelsverkeer in kolen en staal tussen het Verenigd Koninkrijk en de Gemeenschap beïnvloeden, zoals kwantitatieve in- en uitvoerbeperkingen, douanetarieven en andere heffingen op in- en uitvoer, deviezenbeperkingen, dumping en anti-dumpingmaatregelen en uitvoersubsidies, ten einde die voorstellen te doen ter vermindering of opheffing daarvan welke in het wederzijdse belang van de Gemeenschap en het Verenigd Koninkrijk zullen worden overeengekomen. Het eerste onderzoek van deze aard zal zo tijdig plaatsvinden dat de regeringen van de deelnemende Staten der Gemeenschap in de gelegenheid zijn bij de herziening van hun douanepolitiek, binnen de in het Verdrag tot Oprichting van de Gemeenschap bepaalde overgangperiode rekening te houden met de voorstellen, welke de Raad van Associatie op grond van dit artikel doet.

Artikel 9

De Raad van Associatie zal bij de vervulling van zijn taken onder meer rekening houden met:

- (a) de belangen zowel van verbruikers als van producenten van kolen en staal in de Gemeenschap en in het Verenigd Koninkrijk;
- (b) het belang van derde landen.
- (c) de bijzondere betrekkingen tussen het Verenigd Koninkrijk en andere leden van het Gemenebest.

Artikel 10

(1) Aangelegenheden, welke op grond van het Verdrag tot Oprichting van de Gemeenschap in aanmerking komen voor behandeling door de Raad van Ministers of de Regeringen der deelnemende Staten van de Gemeenschap en welke eveneens van gemeenschappelijk belang zijn voor de Gemeenschap en het Verenigd Koninkrijk, zullen het onderwerp vormen van bijzondere vergaderingen, waarin de Regering van het Verenigd Koninkrijk, vertegenwoordigd door een van haar leden tezamen met personen, die in het Verenigd Koninkrijk op het gebied van kolen en staal een openbare functie bekleeden, met de Raad van Ministers bijeen zal komen. De Hoge Autoriteit zal aan deze vergaderingen ten volle deelnemen.

(2) Bovenbedoelde bijzondere vergaderingen zullen worden bijeengeroepen op verzoek van de regering van een deelnemende Staat van de Gemeenschap dan wel van de Hoge Autoriteit, van welk verzoek de

ten des Ministerrates mitzuteilen. Sitzungen sind ferner auf Grund eines an den Präsidenten des Ministerrates zu richtenden Antrags der Regierung des Vereinigten Königreichs anzuberaumen.

(3) Solche besonderen Sitzungen dürfen nicht Verhandlungen zum Gegenstand haben, zu deren Führung die Hohe Behörde auf Grund des Vertrages über die Gründung der Gemeinschaft als gemeinsame Beauftragte der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft ermächtigt ist.

(4) Der Ort für diese besonderen Sitzungen wird durch Einvernehmen zwischen dem Ministerrat, der Regierung des Vereinigten Königreichs und der Hohen Behörde festgelegt.

(5) Die auf diesen Sitzungen zu erörternden Angelegenheiten sind zur vorhergehenden Erörterung an den Assoziationsrat zu verweisen.

Artikel 11

Der Assoziationsrat legt der Hohen Behörde und der Regierung des Vereinigten Königreichs alljährlich einen einvernehmlich abgefaßten Bericht vor; dieser Bericht ist zu veröffentlichen.

Artikel 12

Im Sinne dieses Abkommens

- (a) bedeuten die Ausdrücke „Kohle“ und „Stahl“, die in der Anlage hierzu aufgeführten Erzeugnisse;
- (b) bezieht sich der Ausdruck „die Gemeinschaft“ auf die Gebiete, auf welche der Vertrag über die Gründung der Gemeinschaft anwendbar ist;
- (c) bezieht sich der Ausdruck „das Vereinigte Königreich“ auf Großbritannien und Nordirland.

Artikel 13

(1) Dieses Abkommen ist von dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft gemäß deren jeweiligen verfassungsrechtlichen Bestimmungen zu ratifizieren und wird von der Hohen Behörde durch ihre Unterzeichnung angenommen.

(2) Die Ratifikationsurkunden sind bei der Regierung des Vereinigten Königreichs zu hinterlegen; diese setzt die Hohe Behörde und die Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft von jeder Hinterlegung und von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens gemäß Absatz 3 dieses Artikels in Kenntnis.

the President of the Council of Ministers; or at the request of the United Kingdom Government, such request to be notified to the President of the Council of Ministers.

(3) Such special meetings shall not be used for the purpose of conducting negotiations which the High Authority is empowered, under the Treaty constituting the Community, to conduct as joint representatives of the States members of the Community.

(4) The place for such special meetings shall be fixed by agreement between the Council of Ministers and the United Kingdom Government and the High Authority.

(5) Matters to be considered at such meetings shall be referred for prior examination to the Council of Association.

Article 11

The Council of Association shall present an agreed annual report to the High Authority and to the United Kingdom Government, which shall be published.

Article 12

For the purposes of the present Agreement:—

- (a) The terms "coal" and "steel" shall be deemed to mean those products which are listed in the Annex hereto;
- (b) The term "the Community" shall be deemed to apply to those territories to which the Treaty constituting the Community applies;
- (c) The term "The United Kingdom" shall be deemed to apply to Great Britain and Northern Ireland.

Article 13

(1) The present Agreement shall be ratified by the United Kingdom and by the States members of the Community, in accordance with their respective constitutional procedures, and is accepted by the High Authority by virtue of its signature.

(2) Instruments of ratification shall be deposited with the United Kingdom Government, which shall notify the High Authority and the Governments of the States members of the Community of each such deposit and of the date of entry into force of the present Agreement in accordance with paragraph (3) of this Article.

Ministres, ou sur demande du Gouvernement du Royaume-Uni, notifiée au Président du Conseil de Ministres.

(3) Ces réunions spéciales ne peuvent avoir pour objet la conduite de négociations que la Haute Autorité est habilitée, en vertu du Traité instituant la Communauté, à mener en qualité de mandataire commun des Gouvernements des Etats membres de la Communauté.

(4) Le lieu de ces réunions spéciales est fixé d'un commun accord entre le Conseil de Ministres, le Gouvernement du Royaume-Uni et la Haute Autorité.

(5) Les questions devant faire l'objet de ces réunions sont soumises à l'examen préalable du Conseil d'Association.

Article 11

Le Conseil d'Association présente chaque année à la Haute Autorité et au Gouvernement du Royaume-Uni un rapport établi d'un commun accord, qui sera rendu public.

Article 12

Pour l'application du présent Accord:

- (a) les expressions « charbon » et « acier » désignent les produits énumérés dans l'annexe jointe au présent Accord;
- (b) l'expression « la Communauté » se réfère aux territoires auxquels le Traité instituant la Communauté est applicable;
- (c) l'expression « le Royaume-Uni » se réfère aux territoires de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

Article 13

(1) Le présent Accord sera ratifié par le Royaume-Uni et par les Etats membres de la Communauté, en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives, la Haute Autorité l'acceptant par l'effet de sa signature.

(2) Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement du Royaume-Uni, qui notifiera à la Haute Autorité et aux Gouvernements des Etats membres de la Communauté chaque dépôt ainsi que la date d'entrée en vigueur du présent Accord, conformément au paragraphe (3) du présent article.

Ministri, sia a richiesta del Governo del Regno Unito, da notificarsi al Presidente del Consiglio di Ministri.

(3) Tali riunioni speciali non possono avere per oggetto la condotta di negoziati che l'Alta Autorità ha potestà, ai sensi del Trattato istitutivo della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, di condurre in qualità di mandataria comune degli Stati membri della Comunità.

(4) Il luogo di tali riunioni speciali è fissato di concerto tra il Consiglio di Ministri, il Governo del Regno Unito e l'Alta Autorità.

(5) Le questioni oggetto di dette riunioni sono preventivamente sottoposte al Consiglio di Associazione.

Articolo 11

Il Consiglio di Associazione presenta all'Alta Autorità e al Governo del Regno Unito un rapporto annuale elaborato di comune accordo, che viene pubblicato.

Articolo 12

Ai fini dell'applicazione del presente Accordo:

- (a) I termini "carbone" e "acciaio" designano i prodotti enumerati nell'elenco allegato al presente Accordo;
- (b) Il termine "la Comunità" si riferisce ai territori ai quali si applica il Trattato istitutivo della Comunità;
- (c) Il termine "Regno Unito" si riferisce alla Gran Bretagna e Irlanda del Nord.

Articolo 13

(1) Il presente Accordo sarà ratificato dal Regno Unito e dagli Stati membri della Comunità, in conformità alle rispettive norme costituzionali, ed è accettato dall'Alta Autorità per effetto della sua firma.

(2) Gli strumenti di ratifica saranno depositati presso il Governo del Regno Unito, il quale notificherà all'Alta Autorità ed ai Governi degli Stati membri della Comunità ciascun deposito, nonchè la data di entrata in vigore del presente Accordo, conformemente al paragrafo 3 del presente articolo.

Voorzitter van de Raad van Ministers de Regering van het Verenigd Koninkrijk in kennis stelt, dan wel op verzoek van de Regering van het Verenigd Koninkrijk in welk geval zodanig verzoek ter kennis van de Voorzitter van de Raad van Ministers dient te worden gebracht.

(3) Dergelijke bijzondere vergaderingen zullen niet dienen tot het voeren van onderhandelingen, welke de Hoge Autoriteit krachtens het Verdrag tot Oprichting van de Gemeenschap als gemeenschappelijke lasthebber van de deelnemende Staten van de Gemeenschap bevoegd is te voeren.

(4) De plaats voor dergelijke bijzondere vergaderingen zal in onderlinge overeenstemming tussen de Raad van Ministers, de Regering van het Verenigd Koninkrijk en de Hoge Autoriteit worden vastgesteld.

(5) Onderwerpen, welke op zodanige vergaderingen zullen worden besproken, zullen ter voorafgaand onderzoek aan de Raad van Associatie worden voorgelegd.

Artikel 11

De Raad van Associatie zal een bij onderlinge overeenstemming vastgesteld jaarlijks verslag aan de Hoge Autoriteit en aan de Regering van het Verenigd Koninkrijk voorleggen; dit verslag zal openbaar worden gemaakt.

Artikel 12

Voor de toepassing van deze overeenkomst wordt

- (a) onder de termen „kolen" en „staal" verstaan de producten, welke in bijlage dezes zijn opgesomd;
- (b) de term „Gemeenschap" beschouwd als betrekking hebbende op die gebieden waarop het Verdrag tot oprichting van de Gemeenschap van toepassing is;
- (c) onder „het Verenigd Koninkrijk" verstaan Groot-Brittannië en Noord-Ierland.

Artikel 13

(1) De onderhavige overeenkomst zal door het Verenigd Koninkrijk en door de deelnemende Staten van de Gemeenschap worden geratificeerd, overeenkomstig hun onderscheiden grondwettelijke voorschriften, en wordt door de Hoge Autoriteit krachtens haar ondertekening aanvaard.

(2) De ratificatie-oorkonden zullen worden neergelegd bij de Regering van het Verenigd Koninkrijk, welke de Hoge Autoriteit en de Regeringen der deelnemende Staten van de Gemeenschap van iedere zodanige neerlegging in kennis stelt, alsmede van de datum waarop deze overeenkomst ingevolge het derde lid van dit artikel van kracht wordt.

(3) Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald sämtliche in Absatz 2 dieses Artikels genannten Ratifikationsurkunden hinterlegt worden sind.

Artikel 14

Dieses Abkommen bleibt während der gegenwärtigen Geltungsdauer des Vertrages über die Gründung der Gemeinschaft in Kraft.

Artikel 15

Dieses Abkommen ist in den Archiven der Regierung des Vereinigten Königreichs zu hinterlegen; diese übersendet der Hohen Behörde und den Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft beglaubigte Abschriften des Abkommens.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, gehörig ausgewiesenen Bevollmächtigten der Regierung des Vereinigten Königreichs, der Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und der Hohen Behörde ihre Unterschrift unter diesen Vertrag gesetzt.

GESCHEHEN zu London, am 21. Dezember 1954, in einem einzigen Exemplar, in niederländischer, englischer, französischer, deutscher und italienischer Sprache, wobei alle fünf Texte in gleicher Weise verbindlich sind.

FÜR DIE REGIERUNG DES
VEREINIGTEN KÖNIGREICHS:

Duncan Sandys
H. S. Houldsworth
A. F. Forbes

FÜR DIE REGIERUNGEN
DER MITGLIEDSTAATEN DER
GEMEINSCHAFT:

Für die Regierung des Königreichs
Belgien:

Marquis Du Parc
Locmaria

Für die Regierung der Französischen
Republik:

R. Massigli

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland:

Oskar Schlitter

Für die Regierung der Italienischen
Republik:

L. Theodoli

(3) The present Agreement shall enter into force on the deposit of all Instruments of ratification referred to in paragraph (2) of this Article.

Article 14

This Agreement shall remain in force for the present duration of the Treaty constituting the Community.

Article 15

The present Agreement shall be deposited in the archives of the United Kingdom Government, which shall transmit certified copies thereof to the High Authority and the Governments of the States members of the Community.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned representatives of the United Kingdom Government, of the Governments of the States members of the Community and of the High Authority, duly authorised thereto, have signed the present Agreement.

DONE at London on the 21st day of December 1954 in a single copy in the Dutch, English, French, German and Italian languages, all five texts being equally authoritative.

FOR THE UNITED KINGDOM
GOVERNMENT:

Duncan Sandys
H. S. Houldsworth
A. F. Forbes

FOR THE GOVERNMENTS
OF THE STATES MEMBERS
OF THE COMMUNITY:

For the Government
of the Kingdom of Belgium:

Marquis Du Parc
Locmaria

For the Government
of the French Republic:

R. Massigli

For the Government
of the Federal Republic of
Germany:

Oskar Schlitter

For the Government
of the Italian Republic:

L. Theodoli

(3) Le présent Accord entrera en vigueur lorsque tous les instruments de ratification visés au paragraphe (2) au présent article auront été déposés.

Article 14

Le présent Accord demeurera en vigueur pour la durée actuellement fixée au Traité instituant la Communauté.

Article 15

Le présent Accord sera déposé dans les archives du Gouvernement du Royaume-Uni qui en remettra des copies certifiées conformes à la Haute Autorité et aux Gouvernements des Etats membres de la Communauté.

EN FOI DE QUOI les représentants soussignés du Gouvernement du Royaume-Uni, des Gouvernements des Etats membres de la Communauté et de la Haute Autorité dûment autorisés, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

FAIT à Londres le 21 décembre 1954 en un exemplaire unique en langues néerlandaise, anglaise, française, allemande et italienne, les cinq langues faisant également foi.

POUR LE GOUVERNEMENT
DU ROYAUME-UNI:

Duncan Sandys
H. S. Houldsworth
A. F. Forbes

POUR LES GOUVERNEMENTS
DES ETATS MEMBRES DE LA
COMMUNAUTÉ:

Pour le Gouvernement
du Royaume de Belgique:

Marquis Du Parc
Locmaria

Pour le Gouvernement
de la République Française:

R. Massigli

Pour le Gouvernement
de la République fédérale
d'Allemagne:

Oskar Schlitter

Pour le Gouvernement
de la République Italienne:

L. Theodoli

(3) Il presente Accordo entrerà in vigore all'atto del deposito di tutti gli strumenti di ratifica di cui al paragrafo 2 del presente articolo.

(3) De onderhavige overeenkomst treedt in werking op de dag waarop alle ratificatie-oorkonden, vermeld in het 2de lid van dit artikel, zijn neergelegd.

Articolo 14

Il presente Accordo rimarrà in vigore per la durata attualmente prevista del Trattato istitutivo della Comunità.

Artikel 14

Deze Overeenkomst blijft van kracht voor de huidige duur van het Verdrag tot Oprichting van de Gemeenschap.

Articolo 15

Il presente Accordo sarà depositato negli archivi del Governo del Regno Unito, che ne trasmetterà copie certificate conformi all'Alta Autorità ed ai Governi degli Stati membri della Comunità.

Artikel 15

Deze Overeenkomst zal worden neergelegd in de archieven van de Regering van het Verenigd Koninkrijk, welke daarvan een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift aan de Hoge Autoriteit en de regeringen der deelnemende Staten van de Gemeenschap zal doen toekomen.

IN FEDE DI CHE, i sottoscritti rappresentanti del Governo del Regno Unito, dei Governi degli Stati membri della Comunità e dell'Alta Autorità, debitamente autorizzati, hanno apposto le proprie firme in calce al presente Accordo.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondertekenende gevolmachtigden van de Regering van het Verenigd Koninkrijk, van de Regeringen der deelnemende Staten van de Gemeenschap en van de Hoge Autoriteit, daartoe naar behoren gemachtigd, de onderhavige Overeenkomst hebben ondertekend.

FATTO a Londra, il 21 dicembre 1954, in un unico esemplare, in lingua olandese, inglese, francese, tedesca e italiana, i cinque testi facendo tutti ugualmente fede.

GEDAAN te Londen, de 21ste December 1954, in één enkel exemplaar in de Nederlandse, Engelse, Franse, Duitse en Italiaanse taal; aan alle vijf teksten wordt gelijke rechtskracht toegekend.

PER IL GOVERNO
DEL REGNO UNITO:

Duncan Sandys
H. S. Houldsworth
A. F. Forbes

VOOR DE REGERING VAN HET
VERENIGD KONINKRIJK:

Duncan Sandys
H. S. Houldsworth
A. F. Forbes

PER I GOVERNI
DEGLI STATI MEMBRI DELLA
COMUNITÀ:

Per il Governo
del Regno del Belgio:
Marquis Du Parc
Locmaria

VOOR DE REGERINGEN
VAN DE DEELNEMENDE
STATEN DER GEMEENSCHAP:

Voor de Regering
van het Koninkrijk België:
Marquis Du Parc
Locmaria

Per il Governo
della Repubblica Francese:
R. Massigli

Voor de Regering
van de Franse Republiek:
R. Massigli

Per il Governo
della Repubblica federale di Germania:

Oskar Schlitter

Voor de Regering
van de Bondsrepubliek Duitsland:

Oskar Schlitter

Per il Governo
della Repubblica Italiana:
L. Theodoli

Voor de Regering
van de Italiaanse Republiek:
L. Theodoli

Für die Regierung des
Großherzogtums Luxemburg:

A. J. Clasen

For the Government
of the Grand Duchy of
Luxembourg:

A. J. Clasen

Pour le Gouvernement
du Grand Duché de Luxembourg:

A. J. Clasen

Für die Regierung des Königreichs
der Niederlande:

Stikker

For the Government
of the Kingdom of the Netherlands:

Stikker

Pour le Gouvernement
du Royaume des Pays-Bas.

Stikker

FÜR DIE HOHE BEHÖRDE:

Jean Monnet

Franz Etzel

Spierenburg

FOR THE HIGH AUTHORITY:

Jean Monnet

Franz Etzel

Spierenburg

POUR LA HAUTE AUTORITÉ:

Jean Monnet

Franz Etzel

Spierenburg

ANLAGE

ANNEX

ANNEXE

Bestimmung der Begriffe
„Kohle“ und „Stahl“

Definition of the Terms
Coal and Steel

Définition des expressions
charbon et acier

Kennzahl der OEEC- Nomenklatur	Bezeichnung der Erzeugnisse	O. E. E. C. Code Number	Name of Products	Numéro de code de l'O.E.C.E.	Désignation des Produits
3.000	Brennstoffe	3,000	Solid Fuel	3.000	Combustibles
3.100	Steinkohle	3,100	Hard coal	3.100	Houille
3.200	Steinkohlenbriketts	3,200	Patent fuel made from hard coal	3.200	Agglomérés de houille
3.300	Koks, mit Ausnahme von Elektrodenkoks und von Petrolkoks, Steinkohlen-Schwel- koks	3,300	Coke, except coke for electrodes and petro- leum coke. Low temperature coke of hard coal	3.300	Coke, excepté coke pour électrodes et coke de pétrole Semi-coke de houille
3.400	Braunkohlen-Briketts	3,400	Brown coal briquettes	3.400	Briquettes de lignite
3.500	Rohbraunkohle Braunkohlen-Schwel- koks	3,500	Lignite Low temperature coke of lignite	3.500	Lignite Semi-coke de lignite
	Anmerkung: Gas- koks und Braunkohle, die nicht zur Brikett- oder Schwelkoksherstel- lung verwendet wird, nur insoweit, als nach übereinstimmender Auf- fassung der Vertrags- parteien von diesen verursachte fühlbare Störungen des Brenn- stoffmarktes dies erfor- derlich machen.		Note.—Provided that gas coke, and lignite used otherwise than for the manufacture of pat- ent fuel and low tem- perature coke, shall on- ly be regarded as with- in this Agreement so long as it may be agreed by the contracting par- ties to be necessary by reason of any appreci- able disturbance which these products might cause on the general market for fuels.		Note. — Etant en- tendu que le coke de gaz et le lignite utilisé en dehors de la fabri- cation de briquettes et de semi-coke ne seront compris dans le champ d'application du pré- sent Accord que dans la mesure où les par- ties contractantes le re- connaîtront nécessaire en raison des perturba- tions sensibles créées du fait de ces produits sur le marché des com- bustibles.
4.000	Eisenindustrie	4,000	Steel	4.000	Sidérurgie
4.100	Rohstoffe für die Erzeu- gung von Roheisen und Stahl (1) Eisenerz (mit Aus- nahme von Schwe- felkies) Schrott Manganerz	4,100	Raw materials for iron and steel produc- tion (1) Iron ore (except py- rites) Iron and steel scrap Manganese ore	4.100	Matières premières pour la production de la fonte et de l'acier (1) Minerai de fer (sauf pyrites) Ferraille Minerai de manga- nèse

Per il Governo
del Granducato di Lussemburgo:

A. J. Clasen

Per il Governo
del Regno dei Paesi Bassi:

Stikker

PER L'ALTA AUTORITÀ:

Jean Monnet

Franz Etzel

Spiereburg

Voor de Regering
van het Groot-Hertogdom Luxemburg:

A. J. Clasen

Voor de Regering
van het Koninkrijk der Nederlanden:

Stikker

VOOR DE HOGE AUTORITEIT:

Jean Monnet

Franz Etzel

Spiereburg

ALLEGATO

Definizione dei termini Carbone e Acciaio

N° del Codice O.E.C.E.	Nomenclatura dei prodotti
3.000	Combustibili
3.100	Carbon fossile
3.200	Agglomerati di carbon fossile
3.300	Coke, eccettuato coke per elettrodi e coke di petrolio Semi-coke di carbone
3.400	Mattonelle di lignite
3.500	Lignite Semi-coke di lignite

Nota. — A condizione che il coke da gas, e la lignite impiegata altrimenti che nella fabbricazione di mattonelle e di semi-coke, vengano considerati esclusivamente a termini del presente Accordo, in quanto lo ritengano necessario di comune accordo le parti contraenti, a causa di qualsiasi turbamento notevole che questi prodotti possano eventualmente provocare sul mercato generale dei combustibili.

4.000	Siderurgia
4.100	Materie prime per la produzione della ghisa e dell'acciaio (1) Minerale di ferro (es- cluse le piriti)
	Rottame Minerale di manga- nese

BIJLAGE

Omschrijving van de termen kolen en staal

O.E.E.S.-code- nummer	Omschrijving van de producten
3,000	Vaste Brandstoffen
3,100	Steenkool
3,200	Geperste steenkool
3,300	Cokes, uitgezonderd co- kes voor electroden en petroleumcokes Halfcokes
3,400	Bruinkoolbriketten
3,500	Bruinkool Halfcokes van bruin- kool

Opmerking. Onder voorwaarde dat gas-cokes en bruinkool, welke voor andere doeleinden dan het vervaardigen van geperste steenkool en halfcokes wordt gebruikt, slechts onder deze Overeenkomst vallen voorzover de Verdragsluitende Partijen een en ander eenstemmig noodzakelijk achten wegens enigerlei belangrijke verstoring, welke deze producten op de algemene brandstoffenmarkt zouden kunnen veroorzaken.

4,000	Ijzer en Staal
4,100	Grondstoffen voor de productie van ruwij- zer en staal (1) Ijzererts (uitgezon- derd pyriet)
	Schroot Mangaanerts

4.200	<p>Roheisen und Ferrolegerungen</p> <p>Roheisen für die Erzeugung von Stahl</p> <p>Gießereiroheisen und sonstige Roheisen-sorten</p> <p>Spiegeleisen und Hochofen-Ferromangan (2)</p>	4.200	<p>Pig-iron and ferro-alloys</p> <p>Pig-iron for steel making</p> <p>Foundry and other pig-iron</p> <p>Spiegeleisen and high-carbon ferromanganese (2)</p>	4.200	<p>Fonte et ferro-alliages</p> <p>Fonte pour la fabrication de l'acier</p> <p>Fonte de fonderie et autres fontes brutes</p> <p>Spiegels et ferromanganèse carburé (2)</p>
4.300	<p>Roh- und Halbfertigerzeugnisse aus Eisen, Stahl oder Edelstahl einschließlich der zur Wiederverwendung oder zum Wiederauswalzen bestimmten Erzeugnisse</p> <p>Flüssiger Stahl, gleichgültig ob in Blöcken gegossen oder nicht, darunter zu Schmiedezwecken bestimmte Blöcke (3)</p> <p>Halbzeug: Vorgewalzte Blöcke (Luppen), Knüppel und Brammen, Platten, warmgewalztes breites Band-eisen (soweit es nicht als Fertigerzeugnis anzusehen ist)</p>	4.300	<p>Crude and semi-finished products of iron, ordinary steel or special steel, including re-usable and re-rolled products</p> <p>Liquid steel cast or not cast into ingots, including ingots for forging (3)</p> <p>Semi-finished products; blooms, billets, slabs, sheet-bars, wide hot-rolled coils (other than coils which are considered as finished products)</p>	4.300	<p>Produits bruts et produits demi-finis en fer, en acier ordinaire ou en acier spécial, y compris les produits de réemploi ou de relaminage</p> <p>Acier liquide coulé ou non en lingots, dont lingots destinés à la forge (3)</p> <p>Produits demi-finis: blooms, billettes et brames, largets, coils larges laminés à chaud (autres que les coils considérés comme produits finis)</p>
4.400	<p>Walzwerksfertigerzeugnisse aus Eisen, Stahl oder Edelstahl (4)</p> <p>Schienen, Schwellen, Unterlagsplatten und Laschen, Träger, schwere Formeisen und Stabeisen von 80 mm und mehr, Spundwand-eisen</p> <p>Stab- und Profileisen unter 80 mm sowie Flacheisen unter 150 mm</p> <p>Walzdraht</p> <p>Röhrenrundstahl und Röhrenvierkantstahl</p> <p>Warmgewalztes Band-eisen (einschl. der Streifen zur Röhrenherstellung)</p> <p>Warmgewälzte Bleche unter 3 mm Stärke (mit oder ohne Überzug)</p> <p>Grob- und Mittelbleche von 3 mm Stärke und mehr, Universaleisen von 150 mm und mehr</p>	4.400	<p>Hot finished products of iron, ordinary steel or special steel (4)</p> <p>Rails, sleepers, fish-plates and sole-plates, joists and beams, heavy sections and bars of 80 mm. or more, and sheet piling</p> <p>Bars and sections of less than 80 mm. and flats of less than 150 mm</p> <p>Wire rod</p> <p>Tube rounds and squares</p> <p>Hoop and hot-rolled strip (including tube strip)</p> <p>Hot-rolled sheets under 3 mm. (whether coated or uncoated)</p> <p>Plates and sheets of 3 mm. or over, universal plates of 150 mm. or over</p>	4.400	<p>Produits finis à chaud en fer, en acier ordinaire ou en acier spécial (4)</p> <p>Rails, traverses, selles et éclisses, poutrelles, profilés lourds et barres de 80 mm. et plus, pal-planches</p> <p>Barres et profilés de moins de 80 mm. et plats de moins de 150 mm</p> <p>Fil machine</p> <p>Ronds et carrés pour tubes</p> <p>Feuillards et bandes laminées à chaud (y compris les bandes à tubes)</p> <p>Tôles laminées à chaud de moins de 3 mm. (non revêtues et revêtues)</p> <p>Plaques et tôles d'une épaisseur de 3 mm. et plus, larges plats de 150 mm. et plus</p>

4.200	<p>Ghisa e ferroleghes</p> <p>Ghisa per la produzionedell'acciaio</p> <p>Ghisa da fonderia e altre ghise grezze</p> <p>Spiegels e ferro-manganese carburato(2)</p>	4,200	<p>Ruwijzer en ferro-legeringen</p> <p>Ruwijzer voor vervaardiging van staal</p> <p>Gieterij-ijzer en andere ruwijzersoorten</p> <p>Spiegelijzer en ferromangaan carburé(2)</p>
4.300	<p>Prodotti grezzi e semiprodotti di ferro, di acciaio comune o di acciaio speciale, ivi compresi i prodotti di reimpiego o di laminazione</p> <p>Acciaio liquido colato o non in lingotti, compresi i lingotti destinati alla forgiatura (3)</p> <p>Prodotti semilavorati: blumi, billette e bramme, bidoni, nastri in rotoli, laminati a caldo (esclusi i rotoli considerati come prodotti finiti)</p>	4,300	<p>Ruwe producten en half-fabrikaten van ijzer, van gewoon staal of van speciaal staal met inbegrip van producten bestemd voor hergebruik of herwalsing</p> <p>Vloeibaar staal al dan niet gegoten tot blokken, waaronder smeedblokken (3)</p> <p>Halfabrikaten: bloemen, knuppels, plakken, plaatstrippen, warmgewalst breedband op rollen (voorzoover dit nog niet als eindproduct kan worden beschouwd)</p>
4.400	<p>Prodotti finiti a caldo di ferro, d'acciaio comune o d'acciaio speciale (4)</p> <p>Rotaie, traverse, piastre e stecche, putrelle, profilati pesanti e barre da 80 mm. ed oltre, palancole</p> <p>Barre e profilati inferiori a 80 mm. e piatti inferiori a 150 mm.</p> <p>Vergella</p> <p>Tondi e quadri per tubi</p> <p>Nastri e bande laminate a caldo (compresi nastri per tubi)</p> <p>Lamiere laminate a caldo inferiori a 3 mm. (non rivestite e rivestite)</p> <p>Piastre e lamiere di uno spessore di 3 mm. ed oltre, larghi piatti di 150 mm. ed oltre</p>	4,400	<p>Warmgewalste walsenrijproducten van ijzer, van gewoon staal of van speciaal staal (4)</p> <p>Rails, dwarsliggers, onderlegplaten, klempalaten, balken, zware profielen en staven van 80 mm en meer, damwandstaal</p> <p>Staven en profielen van minder dan 80 mm en platstaal van minder dan 150 mm breedte</p> <p>Walsdraad</p> <p>Rond en vierkant stafmateriaal voor buizen</p> <p>Warmgewalst bandstaal en warmgewalste strippen (met inbegrip van buizenstrip)</p> <p>Warmgewalste platen van minder dan 3 mm (al dan niet met bekleed oppervlak)</p> <p>Platen met een dikte van 3 mm en meer, universeelstaal van 150 mm en meer</p>

4.500	Weiterverarbeitete Walzwerksfertig- erzeugnisse aus Eisen, Stahl oder Edelstahl (5) Weißblech, verbleites Blech, Schwarz- blech, verzinkte Bleche, sonstige mit Überzug versehene Bleche Kaltgewalzte Bleche unter 3 mm Stärke Transformator- und Dynamobleche Zur Herstellung von Weißblech bestimm- tes Bandeisen	4.500	End-products of iron, ordinary steel or spe- cial steel (5) Tinplate, terne-plate, black-plate, galvan- ized sheets, other coated sheets Cold rolled sheets under 3 mm. Electrical sheets Strip for tinplate	4.500	Produits finaux en fer, en acier ordinaire ou en acier spécial (5) Fer blanc, tôle plum- bée, fer noir, tôles galvanisées, autres tôles revêtues Tôles laminées à froid de moins de 3 mm. Tôles magnétiques Bandes, destinées à faire le fer-blanc
-------	--	-------	--	-------	---

Bemerkungen

- (1) Nicht einbegriffen sind die Rohstoffe, die unter der Kennzahl Nr. 4190 der OEEC-Nomenklatur aufgeführt sind (andere, sonst nicht genannte Rohstoffe für die Erzeugung von Roheisen und Stahl). Nicht einbegriffen sind insbesondere die feuerfesten Stoffe.
- (2) Nicht einbegriffen sind die übrigen Ferrolegierungen.
- (3) Stahlformguß, der für Gießereien bestimmt ist, ist nur für statistische Zwecke eingeschlossen.
- (4) Nicht einbegriffen sind Stahlformguß, Schmiedestücke und die nach pulvermetallurgischem Verfahren hergestellten Erzeugnisse.
- (5) Nicht einbegriffen sind Stahlröhren (nahtlos oder geschweißt), kaltgewalztes Bandeisen mit weniger als 500 mm Breite (soweit es nicht zur Weißblechherstellung bestimmt ist), gezogener Draht, Blankstahl und Gußstücke (Röhren, Gußeisenrohre und Rohrleitungs-zubehör, schwere Gußstücke).

Notes

- (1) Raw materials of code number 4190 of the O.E.E.C. nomenclature (other raw materials for the production of pig-iron or steel not elsewhere specified) are not included. In particular, refractories are not included.
- (2) Other ferro-alloys are not included.
- (3) Liquid steel for foundry products is not included except for the purposes of statistics.
- (4) Steel castings, forgings and products obtained from powder are not included.
- (5) Steel tubes (seamless or welded), cold rolled strips less than 500 mm. in width (other than that used for making tinplate), wire, bright bars and iron castings (tubes, pipes and tube and pipe fittings, and other iron castings) are not included.

Observations:

- (1) Ne sont pas comprises les matières premières du n° de code 4.190 de la Nomenclature de l'O.E.C.E. (autres matières premières non dénommées ailleurs pour la production de la fonte et de l'acier). Ne sont pas compris notamment les réfractaires.
- (2) Ne sont pas compris les autres ferro-alliages.
- (3) A l'exclusion de l'acier coulé destiné au moulage, sauf en ce qui concerne les questions de statistiques.
- (4) Ne sont pas compris les moulages d'acier, les pièces de forge et les produits obtenus à partir de poudres.
- (5) Ne sont pas compris les tubes d'acier (sans soudure ou soudés), les bandes laminées à froid de largeur inférieure à 500 mm. (autres que celles destinées à faire le fer-blanc), les tréfilés, les barres calibrées et les moulages de fonte (tubes, tuyaux et accessoires de tuyauteries, pièces de fonderie).

4.500	Prodotti finali di ferro, acciaio comune o acciaio speciale (5)	4,500	Walserijproducten van ijzer, van gewoon staal of van speciaal staal (5)
	Latta, lamiera piombata, lamiere nere, lamiere zincate, altre lamiere rivestite		Blik, voor loden plaat, zwarte plaat, ge-galvaniseerde platen, andere platen met bekleed oppervlak
	Lamiere laminate a freddo inferiori a 3 mm.		Koudgewalste platen van minder dan 3 mm dikte
	Lamiere magnetiche		Dynamo- en transformatorplaat
	Nastro per produzione di banda stagnata		Band bestemd voor het maken van blik

Note

- (1) Non sono comprese le materie prime del N° 4190 della nomenclatura O.E.C.E. (altre materie prime non determinate altrove per la produzione di ghisa e acciaio). In particolare, non sono compresi i refrattari.
- (2) Non sono comprese le altre ferroleghhe.
- (3) Non è compreso l'acciaio colato per getti, tranne ad uso statistico.
- (4) Non sono compresi i getti di acciaio, i pezzi forgiati e i prodotti ottenuti con l'impiego di polveri.
- (5) Non sono compresi i tubi di acciaio (senza saldatura o saldati), i nastri laminati a freddo di larghezza inferiore a 500 mm, (all'infuori di quelli destinati alla produzione di banda stagnata), i trafilati, le barre calibrate e i getti di ghisa (tubi, condutture e accessori di condutture, pezzi di fonderia).

Opmerkingen

- (1) Niet inbegrepen zijn de grondstoffen bedoeld in codenummer 4190 van de naamlijst van de O.E.E.S. (andere grondstoffen, niet elders genoemd, voor de vervaardiging van ruwijzer en staal). Met name zijn niet inbegrepen de vuurvaste bekledingsmaterialen.
- (2) Niet inbegrepen zijn de andere ferro-legeringen.
- (3) Vloeibaar staal voor gieterijproducten is niet inbegrepen tenzij voor statistische doeleinden.
- (4) Niet inbegrepen zijn staalgietwerk, smeedstukken en producten van de poedermetallurgie.
- (5) Niet inbegrepen zijn stalen buizen (naadloos of gelast), koudgewalst bandstaal met een breedte van minder dan 500 mm (ander dan bestemd voor de vervaardiging van blik) draadproducten, blanke staven en ijzergietwerk (buizen, pijpen en hulpstukken, gietstukken).

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes
(Beitritt Albanien).**

Vom 16. August 1955.

Albanien hat die Beitrittsurkunde zu der Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 729) am 12. Mai 1955 bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; die Konvention ist damit gemäß ihrem Artikel XIII Abs. 3 für Albanien am 10. August 1955 in Kraft getreten.

Albanien hat bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgende Vorbehalte gemacht:

(Übersetzung)

„Mit Bezug auf Artikel IX: Die Volksrepublik Albanien betrachtet die Bestimmungen des Artikels IX, der vorsieht, daß Streitigkeiten zwischen den Vertragschließenden Parteien über die Auslegung, Anwendung und Durchführung dieser Konvention auf Antrag einer der am Streit beteiligten Parteien dem Internationalen Gerichtshof zur Prüfung vorzulegen sind, als nicht für sie verbindlich. Die Volksrepublik Albanien erklärt, daß bezüglich der Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs in Streitigkeiten über die Auslegung, Anwendung und Durchführung der Konvention

die Volksrepublik Albanien wie bisher den Standpunkt vertreten wird, daß in jedem einzelnen Falle für die Vorlegung irgendeines besonderen Streitfalles zur Entscheidung beim Internationalen Gerichtshof das Einverständnis aller am Streit beteiligten Parteien erforderlich ist.

Mit Bezug auf Artikel XII: Die Volksrepublik Albanien erklärt, daß sie nicht mit Artikel XII der Konvention einverstanden, sondern der Auffassung ist, daß alle Bestimmungen der Konvention auf die nicht-selbständigen Gebiete, einschließlich der Gebiete unter treuhänderischer Verwaltung ausgedehnt werden sollten.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. März 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 210).

Bonn, den 16. August 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Berger

**Bekanntmachung
über die Anwendung des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln
über die Beförderung im internationalen Luftverkehr
im Verhältnis zu Luxemburg.**

Vom 15. August 1955.

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Großherzoglich Luxemburgischen Regierung ist Einverständnis darüber festgestellt worden, daß

das in Warschau am 12. Oktober 1929 unterzeichnete Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr nebst Zusatzprotokoll (Reichsgesetzblatt 1933 II S. 1039),

das von Luxemburg am 7. Oktober 1949 ratifiziert worden ist, im Verhältnis zwischen der Bundes-

republik Deutschland und Luxemburg mit Wirkung vom 1. August 1955 gegenseitig angewendet wird.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Juli 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 764).

Bonn, den 15. August 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Berger

**Bekanntmachung
über Enteignungen für Zwecke der Deutschen Bundesbahn.**

Vom 12. August 1955.

Die Bundesregierung hat am 10. Juli 1955 folgenden Beschluß gefaßt, den ich hiermit bekanntmache:

Nach § 37 Satz 2 des Bundesbahngesetzes vom 13. Dezember 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 955) wird für das Bauvorhaben der Deutschen Bundesbahn „Bau der 110 kV-Bahnstromfernleitung Haltigen — Karlsruhe — Mannheim — Darmstadt —

Raunheim — Rüdesheim — Niederlahnstein — Erpel — Gremberghoven — Mehlbruch bei Op-laden“

die Enteignung für zulässig erklärt.

Bonn, den 12. August 1955.

Der Bundesminister für Verkehr
Seebohm